

Was müssen Menschen verdienen, um eine armutsfeste Rente erwarten zu können?

Der DGB schrieb im Sommer 2012:

„Wäre das Rentenniveau des Jahres 2030 heute schon Realität, würde der ‚Eckrentner‘ mit Durchschnittsentgelt (von aktuell [das war Mitte 2012; J. S.] ca. 2 625 Euro und 45 Beitragsjahren) statt ca. 1.263 Euro nur noch ca. 1.086 Euro erhalten.

Durchschnittsverdienende [Hervorh. durch J. S.] müssten dabei mindestens 33 Jahre ununterbrochen sozialversicherungspflichtig beschäftigt sein, um eine Rente in der Höhe der Grundsicherung im Alter zu bekommen. Beschäftigte mit einem Einkommen mit 2.000 Euro würden mehr als 43 Jahre arbeiten müssen, um eine höhere Rente zu bekommen als ein/e Grundsicherungsbezieher/in.

Der ‚Eckrentner‘ wird jedoch immer mehr zum Auslaufmodell. Das Normalarbeitsverhältnis liegt nur bei 66 Prozent. Fast die Hälfte der Frauen ist atypisch beschäftigt, und 70 Prozent der Beschäftigten im Niedriglohnsektor sind Frauen. Dabei ist die Zahl der Beschäftigten im Niedriglohnsektor insgesamt von 16 auf 22 Prozent gestiegen. Unter den 63- und 64-Jährigen arbeiten nur zehn Prozent in einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung. So gingen 2011 48,2 Prozent der Neurentner/innen frühzeitig in den Ruhestand – mit Abschlägen von ca. 109 Euro¹.

Die durchschnittliche Altersrente betrug 2011 bei Männern 867 Euro. Bei einem Rentenniveau von 43 Prozent wäre dies eine Durchschnittsrente für Männer von ca. 745 Euro. Für Frauen würde die Rente im Westen durchschnittlich 419 Euro betragen (heute 487 Euro), im Osten 585 Euro (heute 681 Euro). Bei einem jetzt schon geltenden Rentenniveau von 43 Prozent läge die Durchschnittsrente also bei den Männern nur noch knapp oberhalb der Höhe der Grundsicherung im Alter und bei den Frauen deutlich darunter.“²

http://www.ichwillrente.net/fileadmin/templates/dgb/uploads/pdf/Rente_mit_Zukunft_12-06-19/120814_Renten-Rechner.pdf

oder einfacher unter:

<http://tinyurl.com/ch9fem2>

Zur aktuellen Berechnung (Feb. 2013):

Unter Verwendung der Zahlen von Statista, (www.statista.com), das sich z. B. auf den offiziellen Armutsbericht der Bundesregierung stützt, sollten wir festhalten:

In Deutschland waren laut einer umfangreichen Studie der Bundesregierung 2011 in der BRD 15,1% der Bevölkerung armutsgefährdet. Quelle:

<http://de.statista.com/statistik/daten/studie/164203/umfrage/armutsgefaehrungsquoten-in-den-bundeslaendern/>

Laut Statistischem Bundesamt waren 2010 sogar rund 15,8% der Bevölkerung (= 12,8 Mio. Menschen) armutsgefährdet.³ **Armutsgefährdet ist demnach, wer netto (!) 952 €** oder weniger zur Verfügung hat. Wenn wir uns auf RentnerInnen beziehen, dann müssen sie demzufolge 1060 € an Rente bekommen.

Um auf dieses Rentenniveau zu kommen, muss nach heutigem (Februar 2013) Rentenrecht⁴ folgende Rechnung aufgemacht werden:

¹ Rentenversicherung in Zahlen 2012, Deutsche Rentenversicherung Bund (Hrsg.), 08.06.2012

² „Rentenbeitrag und Rentenniveau. Aussichten 2030“ Hg. von DGB-Bundesvorstand VB 04 / Sozialpolitik“

³ Nach EU-Maßstäben sind Menschen armutsgefährdet die weniger als 60% des Medians zur Verfügung haben. Der Median ist das *mittlere Einkommen*, also nicht das Durchschnittseinkommen, das rund beim Doppelten des Medians liegt, weil hier sich hier die sehr hohen Einkommen anders auswirken.

⁴ also bezogen auf das von der Deutschen Rentenversicherung (DRV) für 2013 angesetzte Durchschnittseinkommen von monatlich 2839,25. Dies ist heute das Monatsbruttoentgelt für einen

Um auf eine Rente von 1060 €brutto (=Grenze der Armutsgefährdung für RentnerInnen) zu kommen, muss mensch entweder:

- a. 40 Jahre lang (nach heutigem Geldwert!) 15,41 €in der Stunde verdienen; oder
- b. 45 Jahre lang 13,70 €/h, ebenfalls mit heutigem Geldwert.

Dies setzt voraus, dass das Rentenniveau bei den heutigen 50% bleibt.

Wenn es auf **43%** sinkt, dann wären für den Fall

- a. (also bei 40 Beitragsjahren) 17,56 €erforderlich und für den Fall
- b. (bei 45 Beitragsjahren) 15,61 €

Oder (für das Rentenniveau von 43%) anders herum gerechnet:

Wer (bei heutigem Geldwert) 15,41/h verdient, müsste für eine alterssichere Rente mindestens 45,6 Jahre arbeiten, bei einem Stundenverdienst von 13,70 €sogar 51,3 Jahre.

Das heißt: Da der Niedriglohnsektor sich ständig ausdehnt, reicht es selbst bei heutigem Rentenniveau für eine wachsende Zahl von Menschen nicht aus.

„Im Jahr 2010 arbeiteten 20,6 % aller Beschäftigten in Betrieben mit zehn und mehr Beschäftigten für einen Niedriglohn. Im Jahr 2006 lag der Anteil der Beschäftigten mit Niedriglohn noch bei 18,7 %. «Mit dieser Steigerung setzte sich ein längerfristiger Trend fort», sagte Roderich Egeler, Präsident des Statistischen Bundesamtes, heute anlässlich einer Pressekonferenz in Berlin, auf der er Ergebnisse der Erhebung der Struktur der Arbeitsverdienste 2010 vorstellte.

Der Abgrenzung des Niedriglohnbereichs wurde eine international verwendete Definition zugrunde gelegt. Niedriglohn liegt vor, wenn der Verdienst eines Beschäftigten kleiner als zwei Drittel des Medianverdienstes, also des mittleren Verdienstes aller Beschäftigten, ist. Die so für 2010 bestimmte Niedriglohngrenze, unterhalb derer alle Verdienste als Niedriglöhne gelten, lag bei 10,36 Euro Bruttostundenverdienst. “⁵

Es fällt auf, dass *nach dieser Definition* des Niedriglohnbereichs Menschen mit einem Verdienst über der Niedriglohngrenze (und das beim heutigen Rentenniveau von 50%!) selbst nach 40 oder 45 Versicherungsjahren keine armutsfeste Rente mehr bekommen werden. Also selbst das heute noch gültige Rentenrecht wird zu einer deutlichen Zunahme der Altersarmut führen.

Damit ist quasi heute schon amtlich, dass weit mehr als ein Fünftel der Bevölkerung nur die Aussicht auf eine Rente *deutlich unterhalb der Armutsgrenze* haben wird, bei einem Absenken auf das vorgesehene Rentenniveau von 43% wird die Zahl noch viel dramatischer steigen. Nach einer sehr vorsichtigen überschlägigen Rechnung würden dann ca. 30% - 40% der RentnerInnen in **absoluter Armut** landen, also bei unter 883 €Bruttorente, d. h. 786 € netto. Die Grundsicherung liegt heute übrigens bei 756 € also schon deutlich unterhalb der absoluten Armutsgrenze.

Mensch kann auch eine andere Rechnung aufmachen: Bei dem vom DGB und seinen Einzelgewerkschaften geforderten Mindestlohn von 8.50 €bekäme ein Mensch (bei einer 40-

„Rentenpunkt“. Diese und alle folgenden Zahlen beziehen sich auf die „alten Bundesländer“, in den „neuen Bundesländern“ liegen die Werte niedriger. Statt 28,07 €für den aktuellen Rentenwert gibt es für BewohnerInnen Ostdeutschlands nur 24,97 €usw.

⁵ www.destatis.de/DE/PresseService/Presse/Pressemitteilungen/2012/09/PD12_308_62.html

Stundenwoche und 12,5 Monatsgehältern im Jahr) nach 47 Beitragsjahren (!) 619.- €brutto!
Das sind 550 €netto, was 29% *unterhalb* der absoluten Armutsgrenze liegt!

Anders gerechnet: Um (bei einem Rentenniveau von 43%) mit einem Stundenlohn von 8,50 € (immer unter der Bedingung gleichbleibenden Geldwertes) die Grenze zur Armutgefährdung zu überschreiten (die heute bei 1060 Euro liegt) müsste mensch 79,9 Jahre lange arbeiten, in Ostdeutschland noch ein wenig länger.

Schlussfolgerungen

Gewerkschaftlicher Kampf ist also auf verschiedenen Ebenen vonnöten:

- Erstens müsste endlich ein wirklicher Kampf gegen die Rente mit 67 sowie die vorgesehene Absenkung des Rentenniveaus aufgenommen werden.
- Zweitens müssen so oder so in den Tarifrunden endlich mal kräftige Entgeltsteigerungen durchgesetzt werden. Gerade die KollegInnen im sogenannten Niedriglohnbereich haben in den letzten Jahren viel verloren. Die unteren 40% erlitten allein im ersten Jahrzehnt dieses Jahrhunderts etwa 6% Reallohnverlust.
- Drittens muss für einen ganz anderen Mindestlohn gekämpft werden als die 8,50 € Dieser skandalös niedrige Stundenlohn liegt schon im erwerbstätigen Alter bei einer 40 Stundenwoche mit 1078 netto im Monat gerade mal 18 €über der Grenze zur Armutgefährdung.

Für klassenkämpferische Kolleginnen und Kollegen gibt es allerhand zu tun, denn: Von sich aus werden die Apparate des DGB und seiner Einzelgewerkschaften nicht „in die Pötte kommen“. Zeit also, dass sich linke Kollektive und Ansätze für die Durchsetzung einer anderen Gewerkschaftspolitik besser vernetzen und gemeinsam aktiv werden.

Jakob Schäfer, 19.2.2013

*Der Beitrag ist Teil einer in Kürze erscheinenden Broschüre des Arbeitsausschusses der Initiative zur Vernetzung der Gewerkschaftslinken (IVG) – die selbstverständlich im LabourNet Germany beworben werden wird!
Wir danken für die Möglichkeit des Vorabdrucks!*